

MINISTERIUM DER FLAMISCHEN GEMEINSCHAFT UND MINISTERIUM DER FRANZÖSISCHEN GEMEINSCHAFT

D. 81 — 1750

23. JUNI 1981. — Erlass mit Verordnungscharakter zur Festlegung der Bedingungen für die Anerkennung und Bezuschussung von Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung

Aufgrund des Gesetzes vom 10. Juli 1973 über den Rat der deutschen Kulturgemeinschaft, insbesondere des Artikels 31,

Beschließt der Rat der Deutschen Kulturgemeinschaft:

I. KAPITEL. — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1. Im Rahmen der zu diesem Zweck verfügbaren Haushaltsmittel und der durch diesen Erlass festgelegten Bedingungen gewährt die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft Zuschüsse für anerkannte Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung im Gebiet deutscher Sprache.

II. KAPITEL
Anerkennung von Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung

Art. 2. Als Organisation für Volks- und Erwachsenenbildung im Gebiet deutscher Sprache im Sinne dieses Erlasses gelten Vereinigungen natürlicher oder juristischer Personen, die von Privatpersonen geschaffen, animiert und verwaltet werden und als Ziel haben - vorwiegend für Erwachsene - Aktivitäten anzubieten und durchzuführen, die :

- a) zur weiteren Entfaltung der geistigen Fähigkeiten beitragen,
- b) eine sinnvolle Freizeitgestaltung anstreben, und
- c) die Bewusstseinsbildung und die Fähigkeit zur Entscheidung, zur Verantwortung und zur Teilnahme am soziokulturellen Leben fördern.

Dazu wenden diese Vereinigungen die entsprechenden Techniken und Methoden an.

Art. 3. § 1. Um als Organisation für Volks- und Erwachsenenbildung anerkannt zu werden und um anerkannt zu bleiben, muss eine Organisation folgende Bedingungen erfüllen :

- a) im Sinne der in Artikel 2 bestimmten Zielsetzung im Dienste der Bevölkerung des Gebietes deutscher Sprache stehen,
- b) keinen Erwerbszweck verfolgen,
- c) allen zugänglich sein, die der Zielsetzung der Organisationen zustimmen, ihren jährlichen Beitrag zahlen und regelmässig an den Tätigkeiten teilnehmen,
- d) von einem Vorstand geleitet werden, der in den Statuten definiert ist und sich aus mindestens drei Personen zusammensetzt,
- e) den ersten Jahresbericht gleichzeitig mit dem Antrag auf Anerkennung beim Kulturamt einreichen,
- f) eine ordentliche und jederzeit einsehbare autonome Buchführung vorweisen, die eine finanzielle Kontrolle ermöglicht.

§ 2. Nachdem der Rat für Volks- und Erwachsenenbildung ein Gutachten dazu abgegeben hat, legt die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Bedingungen und das Verfahren für die Überprüfung der Verwirklichung der in § 1 definierten Bedingungen sowie die Bedingungen für den Entzug der Anerkennung fest.

Art. 4. § 1. Die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft teilt die anerkannten Organisationen nach Anhören des Rates für Volks- und Erwachsenenbildung in regionale oder örtliche Organisationen ein.

§ 2. Um als regionale Organisation für Volks- und Erwachsenenbildung anerkannt zu werden und um anerkannt zu bleiben, muss eine Organisation :

a) einen Aktionsbereich haben, der sich wenigstens auf drei Gemeinden des Gebietes deutscher Sprache erstreckt und dabei sowohl den nördlichen als auch den südlichen Raum dieses Gebietes einbezieht,

b) wenigstens drei Aktivitäten monatlich im Gebiet deutscher Sprache durchführen, und dies während neun Monaten im Jahr,

c) ein Sekretariat im Gebiet deutscher Sprache haben, wo alle Angaben über die Organisation und deren Buchführung vorhanden sind.

d) über ein Informationsblatt verfügen, das mindestens zweimal jährlich erscheint,

e) das Statut einer G.o.E. annehmen. Ausnahmen zu dieser Bestimmung müssen durch die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach Anhören des Rates für Volks- und Erwachsenenbildung von Fall zu Fall genehmigt werden.

§ 3. Um als örtliche Organisation für Volks- und Erwachsenenbildung anerkannt zu werden und um anerkannt zu bleiben, muss eine Organisation :

- a) einen Aktionsbereich haben, der sich auf eine Gemeinde oder einen Ort im Gebiet deutscher Sprache erstreckt,
- b) mindestens sechs Aktivitäten auf örtlicher Ebene pro Tätigkeitsjahr im Gebiet deutscher Sprache durchführen,

Art. 5. Neugegründeten Organisationen wird nach der Hinterlegung des ersten jährlichen Tätigkeitsberichtes und des Antrags auf Anerkennung von der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach Einholen eines Gutachtens des Rates für Volks- und Erwachsenenbildung eine provisorische Anerkennung für die Dauer eines Jahres erteilt, wenn Gutachten und Inspektionsbericht positiv sind.

In jedem Fall, also auch bei begründeter Ablehnung, ist dem Antragsteller innerhalb einer Frist von drei Monaten eine schriftliche Antwort zu erteilen.

Wird nach der Hinterlegung des zweiten jährlichen Tätigkeitsberichtes innerhalb der gleichen Frist und unter den gleichen Modalitäten die Anerkennung nicht zurückgezogen, so ist sie als endgültig zu betrachten.

III. KAPITEL
Bezuschussung von anerkannten Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung

Art. 6. § 1. Die anerkannten Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung erhalten gewöhnliche Jahreszuschüsse, die folgendes umfassen können :

- a) einen jährlichen Pauschalzuschuss für die Betriebskosten,
- b) einen Zuschuss für angestellte Animatorinnen,
- c) eine Beteiligung an den Ausgaben für Tätigkeiten

§ 2. Betriebskosten.

Der jährliche Pauschalzuschuss für die Betriebskosten beträgt 20 000 Frank für regionale Organisationen.

Die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann diesen Betrag nach Einholen eines Gutachtens des Rates für Volks- und Erwachsenenbildung im Rahmen der verfügbaren Mittel anpassen.

§ 3. Animatorinnen.

a) Für die von ihnen angestellten Animatorinnen erhalten die anerkannten regionalen Organisationen einen jährlichen Zuschuss, der sich auf höchstens 75 % des Gehalts des ersten, 60 % des Gehalts des zweiten und 50 % des Gehalts jedes weiteren Animators beläuft.

Als Personalkosten, für die Zuschüsse gewährt werden können, gelten der Bruttobetrag des Gehalts und das Urlaubsgeld der beschäftigten Personalmitglieder, die eine leitende oder erzieherische Tätigkeit ausüben, sowie die vom Arbeitgeber in Anwendung der Gesetzgebung über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer zu entrichtenden Beiträge. Zur Festlegung des Betrages der Zuschüsse bestimmt die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach Einholen eines Gutachtens des Rates für Volks- und Erwachsenenbildung die Gehaltsstufen und die diesbezüglichen Bedingungen.

b) Für die Festlegung der Zahl der in einer regionalen Organisation vollzeitbeschäftigte Animatorinnen können auch die bei ihnen teilzeitbeschäftigte Animatorinnen berücksichtigt werden. Außerdem kann die Funktion des vollzeit- oder teilzeitbeschäftigte Animator von einer Gruppe gemeinsam handelnder Animator mit entsprechenden Fähigkeiten ausgeübt werden.

c) Die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestimmt nach Einholen eines Gutachtens des Rates für Volks- und Erwachsenenbildung die Art der Diplome oder Fähigkeiten oder die Nachweise über Berufserfahrung, die das bezuschusste Personal zu erbringen hat.

§ 4. Tätigkeiten.

a) Die anerkannten Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung erhalten jährlich einen Funktionszuschuss, der aus einem veränderlichen Betrag besteht, der proportional dem Umfang ihrer Tätigkeiten entspricht und sich auf höchstens 75 % der annehmbaren Ausgaben der in Artikel 4, § 1 angeführten Organisationen beläuft.

b) Die Modalitäten zur Festlegung des veränderlichen Betrages werden von der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach Einholen eines Gutachtens des Rates für Volks- und Erwachsenenbildung festgelegt.

Art. 7. Die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann nach Einholen eines Gutachtens des Rates für Volks- und Erwachsenenbildung den Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung, die einen Antrag auf Anerkennung eingebracht haben und alle dazu erforderlichen Bedingungen erfüllen, außer dass sie nicht lange genug bestehen, einen Zuschuss gewähren.

Dieser Zuschuss darf nicht mehr als 60 % des gewöhnlichen Zuschusses betragen, auf den die Organisation im Falle der Anerkennung Anspruch erheben könnte.

IV. KAPITEL. — Schlussbestimmungen

Art. 8. Von den im III. Kapitel, Artikel 6 und 7 vorgesehenen Zuschüssen können bis zu 70 % des Vorjahreszuschusses bzw. der vorgesehenen Summen zu Beginn des Jahres im voraus gezahlt werden.

Art. 9. Nach Einholen eines Gutachtens des Rates für Volks- und Erwachsenenbildung werden die Kontrollmodalitäten sowie die Durchführungs- und Anwendungsbestimmungen zu diesem Erlass von der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgelegt.

Art. 10. Dieser Erlass tritt am 1. Januar 1982 in Kraft und ersetzt ab diesem Datum den Erlass mit Verordnungscharakter vom 17. November 1975 zwecks provisorischer Festlegung der Kriterien zur Anerkennung und Bezuschussung von regionalen Organisationen für Volksbildung, Erwachsenenbildung und ständige Weiterbildung.

Eupen, den 23. Juni 1981.

M. Beckers,
Vreewaltungsdirektor.

A. Gehlen,
Präsident.

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE FRANÇAISE ET MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE FLAM

F. 81 — 1750

23 JUIN 1981. — Arrêté réglementaire fixant les conditions de reconnaissance et de subventionnement d'organisations pour l'éducation populaire et la formation des adultes

Le Conseil de la Communauté culturelle allemande,

Vu la loi du 10 juillet 1973 relative au Conseil de la Communauté culturelle allemande, notamment son article 3;

Arrête :

**CHAPITRE I
Dispositions générales**

Article 1. Dans les limites des crédits disponibles à cette fin et des conditions fixées par cet arrêté, l'Exécutif de la Communauté germanophone accorde des subventions aux organisations reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes dans la région de langue allemande.

CHAPITRE II

Reconnaissance des organisations pour l'éducation populaire et la formation des adultes

Art. 2. Au terme de cet arrêté sont considérées comme organisations pour l'éducation populaire et la formation des adultes dans la région de langue allemande, les associations de personnes physiques ou juridiques créées, animées et gérées par des particuliers et dont le but est d'offrir et de réaliser des activités — principalement pour adultes — qui :

- a) contribuent au développement des capacités intellectuelles;
- b) visent une organisation judicieuse des loisirs, et
- c) développent la formation morale et la capacité de décision, d'assumer des responsabilités et de participer à la vie socio-culturelle.

A cette fin, les organisations appliquent les techniques et méthodes adéquates.

Art. 3. § 1. Les organisations pour l'éducation populaire et la formation des adultes sont reconnues comme telles et le restent lorsqu'elles remplissent les conditions suivantes :

- a) être, selon le but fixé à l'article 2, au service de la population de la région de langue allemande;
- b) ne poursuivre aucun but lucratif;
- c) être ouvertes à tous ceux qui souscrivent aux objectifs des organisations, acquittent leur cotisation annuelle et participent régulièrement aux activités;

d) être dirigées par un comité défini par les statuts et composé d'au moins trois personnes;

e) introduire le premier rapport annuel en même temps que la demande de reconnaissance auprès du service culturel;

f) tenir une comptabilité autonome conforme aux règles, vérifiable à tout moment et permettant un contrôle financier.

§ 2. Lorsque le Conseil pour l'éducation populaire et la formation des adultes aura émis son avis à ce sujet, l'Exécutif de la Communauté germanophone fixera les conditions et la procédure de contrôle de la réalisation des conditions définies au § 1 ainsi que les conditions de retrait de la reconnaissance.

Art. 4. § 1. Après consultation du Conseil pour l'éducation populaire et la formation des adultes, l'Exécutif de la Communauté germanophone répartit les organisations reconnues en organisations régionales et locales.

§ 2. Pour être reconnue et pour rester reconnue en tant qu'organisation régionale pour l'éducation populaire et la formation des adultes, toute organisation doit remplir les conditions suivantes :

a) avoir un rayon d'action s'étendant sur au moins trois communes de la région de langue allemande à la fois dans la partie nord et dans la partie sud de cette région;

b) réaliser au moins trois activités par mois dans la région de langue allemande et ce pendant 9 mois par an;

c) avoir dans la région de langue allemande un secrétariat centralisant toutes les données relatives à l'organisation et sa comptabilité;

d) disposer d'un bulletin d'information propre paraissant au moins deux fois l'an;

e) adopter le statut d'une A.S.B.L. Les dérogations à cette disposition doivent être autorisées cas par cas par l'Exécutif de la Communauté germanophone, sur avis du Conseil pour l'éducation populaire et la formation des adultes.

§ 3. Pour être reconnue et rester reconnue en tant qu'organisation locale pour l'éducation populaire et la formation des adultes, toute organisation doit :

a) avoir un rayon d'action s'étendant sur une commune ou une localité de la région de langue allemande;

b) réaliser au moins six activités au niveau local par année d'activité dans la région de langue allemande.

Art. 5. Après avoir été saisi du premier rapport d'activité annuel et de la demande de reconnaissance et avoir recueilli l'avis du Conseil pour l'éducation populaire et la formation des adultes, l'Exécutif de la Communauté germanophone accorde aux organisations nouvellement créées une reconnaissance provisoire pour une durée d'un an, à condition que l'avis et le rapport d'inspection soient positifs.

Dans tous les cas — donc également en cas de refus motivé — une réponse écrite doit être adressée au demandeur dans un délai de trois mois.

Si après dépôt du deuxième rapport d'activité la reconnaissance n'est pas retirée dans le même délai et selon les mêmes modalités, elle doit être considérée comme définitive.

CHAPITRE III. — Octroi des subventions aux organisations reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes

Art. 6. § 1. Les organisations reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes reçoivent des subventions annuelles ordinaires pouvant comprendre :

- a) un subside annuel forfaitaire pour les frais de fonctionnement;
- b) un subside pour les animateurs engagés;
- c) une participation dans les dépenses pour activités.

§ 2. Frais de fonctionnement.

Le subside annuel forfaitaire pour frais de fonctionnement s'élève à 20 000 francs pour les organisations régionales.

L'Exécutif de la Communauté germanophone peut adapter cette somme dans la limite des crédits disponibles après avoir recueilli l'avis du Conseil pour l'éducation populaire et la formation des adultes.

§ 3.Animateurs.

a) Les organisations régionales reçoivent pour les animateurs engagés par eux, un subside annuel s'élevant au maximum à 75 p.c. du traitement du premier, 60 p.c. du traitement du deuxième et 50 p.c. du traitement de chaque animateur suivant.

Sont considérés comme frais de personnel pour lesquels des subides peuvent être octroyés, le montant brut du traitement et le pécule de vacances des membres du personnel occupés qui exercent une activité dirigeante ou éducative ainsi que les mandats payables par l'employeur en application de la législation sur la sécurité sociale des travailleurs.

Pour fixer le montant des subides, l'Exécutif de la Communauté germanophone détermine les barèmes et les conditions y afférentes après avoir recueilli l'avis du Conseil de l'éducation populaire et la formation des adultes.

b) pour la détermination du nombre d'animateurs occupés à temps plein par une organisation régionale, il peut également être tenu compte des animateurs occupés à temps partiel. D'autre part, la fonction d'animateur occupé à temps plein ou à temps partiel peut être exercée par un groupe d'animateurs possédant les aptitudes requises et travaillant en équipe.

c) L'Exécutif de la Communauté germanophone après avoir recueilli l'avis du Conseil pour l'éducation populaire et la formation des adultes le genre de diplômes ou de capacités ou les justifications d'expérience professionnelle que le personnel subsidié doit fournir.

§ 4. Activités.

a) Les organisations pour l'éducation populaire et la formation des adultes reçoivent annuellement un subside de fonctionnement composé d'un montant variable correspondant proportionnellement à l'étendue de leurs activités et s'élevant à 75 p.c. au maximum des dépenses autorisées des organisations visées à l'article 4, § 1.

b) Les modalités pour la détermination du montant variable sont fixées par l'Exécutif de la Communauté germanophone après avoir recueilli l'avis du Conseil pour l'éducation populaire et la formation des adultes.

Art. 7. Après avoir recueilli l'avis du Conseil pour l'éducation populaire et la formation des adultes, l'Exécutif de la Communauté germanophone peut accorder un subside aux organisations pour l'éducation populaire et la formation des adultes qui ont introduit une demande de reconnaissance et remplissant toutes les conditions requises à cet effet, sauf qu'elles n'existent pas encore suffisamment de temps.

Ce subside ne peut dépasser 60 p.c. du subside ordinaire auquel l'organisation pourrait prétendre en cas de reconnaissance.

CHAPITRE IV Dispositions finales

Art. 8. En ce qui concerne les subides prévus au chapitre III, articles 6 et 7, des avances peuvent être payées au début de l'année jusqu'à concurrence de 70 p.c. du subside de l'année antérieure ou selon le cas, des sommes prévues.

Art. 9. Après avoir recueilli l'avis du Conseil pour l'éducation populaire et la formation des adultes, l'Exécutif de la Communauté germanophone fixe la procédure de contrôle et les modalités d'exécution et d'application du présent arrêté.

Art. 10. Cet arrêté entre en vigueur le 1er janvier 1982 et remplace à partir de cette date l'arrêté réglementaire du 17 novembre 1975 portant fixation provisoire des critères de reconnaissance et de subventionnement des organisations régionales pour l'éducation populaire, la formation des adultes et l'éducation permanente.

Eupen, le 23 juin 1981.

Le greffier,
M. Beckers.

Le président,
A. Gehlen.

Pour traduction officielle :
Pour le ministre de l'Intérieur :
Le Commissaire d'Arrondissement adjoint,

J. Weynand.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE VLAAMSE GEMEENSCHAP EN MINISTERIE VAN DE FRANSE GEMEENSCHAP

N. 81 — 1750

23 JUNI 1981. — Reglementair besluit tot vaststelling van de voorwaarden voor de erkennung en de subsidiëring van organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen

Gelet op de wet van 10 juli 1973 betreffende de Raad van de Duitse Cultuurgemeenschap, inzonderheid op artikel 31^e

voor de erkende organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen in het Duitse taalgebied.

Besluit de Raad van de Duitse Cultuurgemeenschap :

HOOFDSTUK I Algemene bepalingen

Artikel 1. Binnen de perken van de tot dit doel ter beschikking gestelde kredieten en de door dit besluit vastgestelde voorwaarden kent de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap subsidies toe

**HOOFDSTUK II
Erkenning van organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen**

Art. 2. Volgens dit besluit worden als organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen in het Duitse taalgebied de verenigingen van natuurlijke of rechtspersonen beschouwd, die door particulieren geschapen, geanimeerd en

bestuurd worden en die tot doel hebben — hoofdzakelijk voor volwassenen — activiteiten aan te bieden en te realiseren, die :

a) tot de verdere ontwikkeling van de geestelijke capaciteiten bijdragen;

b) een verstandige vrijetijdsbesteding nastreven, en

c) de formatie van het bewustzijn alsmede het vermogen om te beslissen, om verantwoordelijk te zijn en om aan het socio-culturele leven deel te nemen.

Om dit doel te bereiken passen deze verenigingen de daaraan beantwoordende technieken en methodes toe.

Art. 3. § 1. Om als organisatie voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen erkend te worden en als zodanig erkend te blijven moet een organisatie de volgende voorwaarden vervullen :

a) volgens het in artikel 2 bepaalde doel in dienst van de bevolking van het Duitse taalgebied staan;

b) geen winstoogmerk vervolgen;

c) openstaan voor al degenen die het doel van de organisatie onderschrijven, hun jaarlijkse bijdrage betalen en gereeld aan de activiteiten deelnemen.

d) door een bureau worden geleid dat in de statuten is gedefinieerd en uit ten minste drie personen is samengesteld;

e) het eerste jaarlijkse verslag samen met de aanvraag om erkenning bij de culturele dienst indienen;

f) een behoorlijke en autonome boekhouding voorleggen die altijd mag worden ingezien en die de controle van de financiën mogelijk maakt.

§ 2. Nadat de Raad voor volksopleiding en voor vormingswerk voor volwassenen daaromtrent een advies heeft gegeven stelt de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap de voorwaarden en de procedure voor de controle van de realisatie van de in § 1 gedefinieerde voorwaarden alsmede de voorwaarden voor het intrekken van de erkenning vast.

Art. 4. § 1. De Executieve van de Duitstalige Gemeenschap deelt de erkende organisaties na de Raad voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen te hebben gehoord in gewestelijke of plaatselijke organisaties in.

§ 2. Om als gewestelijke organisatie voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen erkend te worden en als zodanig erkend te blijven moet een organisatie volgende voorwaarden vervullen :

a) een actieradius hebben, die zich uitstrek over ten minste drie gemeenten van het Duitse taalgebied en daarbij evenwel het noordelijke als het zuidelijke deel van dit gebied insluit;

b) ten minste drie activiteiten per maand in het Duitse taalgebied realiseren en dlt gedurende negen maanden per jaar;

c) een secretariaat hebben in het Duitse taalgebied waar alle gegevens over de organisatie en haar boekhouding voorhanden zijn;

d) over een eigen informatieblad beschikken dat ten minste tweemaal per jaar verschijnt;

e) in de vorm van een v.z.w. opgericht zijn. Uitzonderingen op deze bepaling moeten voor ieder geval afzonderlijk door de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap worden goedgekeurd na de Raad voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen te hebben gehoord.

§ 3. Om als plaatselijke organisatie voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen erkend te worden en als zodanig erkend te blijven moet een organisatie de volgende voorwaarden vervullen :

a) een actieradius hebben, die zich uitstrek over een gemeente of een plek van het Duitse taalgebied;

b) ten minste zes activiteiten per activiteitsjaar op plaatselijk niveau in het Duitse taalgebied realiseren.

Art. 5. Nadat de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap het eerste activiteitsverslag en de aanvraag om erkenning heeft ontvangen en nadat ze de Raad voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen om een advies heeft verzocht kent ze nieuwe gestichte organisaties een voorlopige erkenning voor de duur van één jaar toe, indien advies en verslag van de inspectie positief zijn.

In ieder geval, dus ook bij gemotiveerde weigering, moet de aanvrager binnen drie maanden een schriftelijk antwoord verkrijgen.

Indien de erkenning na indiening van het tweede jaarlijkse activiteitsverslag gedurende dezelfde tijd en volgens dezelfde modaliteiten niet wordt ingetrokken, wordt ze als definitief beschouwd.

HOOFDSTUK III

Toekenning van toelagen aan erkende organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen

Art. 6. § 1. De erkende organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen krijgen gewoonlijke jaarlijkse toelagen, die kunnen bestaan uit :

- a) een jaarlijkse forfaitaire toelage voor de functiekosten;
- b) een toelage voor de benoemde animators;
- c) een deelname in de kosten voor de activiteiten.

§ 2. Functiekosten.

De jaarlijkse forfaitaire toelage voor functiekosten bedraagt 20 000 frank voor de gewestelijke organisaties.

De Executieve van de Duitstalige Gemeenschap kan dit bedrag binnen de perken van de ter beschikking gestelde kredieten aanpassen nadat de Raad voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen om een advies werd verzocht.

§ 3. Animators.

a) voor de door hen aangestelde animators krijgen de erkende gewestelijke organisaties een jaarlijkse toelage die ten hoogste 7 pct. van de wedde van de eerste, 60 pct. van de wedde van de tweede en 50 pct. van de wedde van iedere volgende animator beloopt.

Zijn personeelskosten waarvoor toelagen kunnen worden toegekend het brutobedrag van de wedde en het vakantiegeld van de werkende personeelsleden die een leidende of opvoedende activiteit uitoefenen en de door de werkgever bij toepassing van de wetgeving betreffende de sociale zekerheid van de werknemers te betalen bijdragen. Voor de vaststelling van het bedrag van de toelagen legt de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap nadat ze de Raad voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen om advies heeft verzocht het barema en de hierop betrekking hebbende voorwaarden vast;

b) voor de vaststelling van het aantal animators dat in een gewestelijke organisatie voltijds werkzaam is, kunnen ook de aangestelde animators die er deeltijds werkzaam zijn in aanmerking genomen worden. Bovendien kan de functie van de voltijds aangestelde animators door een groep gemeenschappelijk werkende animators met passende bekwaamheden uitgeoefend worden;

c) de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap legt, nadat ze de Raad voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen om advies heeft verzocht, de soort diploma's of bekwaamheden of de bewijzen van beroepservaring vast die het personeel, voor dat ze toelagen krijgen, moet leveren.

§ 4. Activiteiten.

a) de erkende organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen krijgen jaarlijks een werkingstoelage, die uit een veranderlijk bedrag bestaat, dat proportioneel overeenkomt met de omvang van hun activiteiten en ten hoogste 75 pct. van de aannemelijke uitgaven van de in artikel 4, § 1 aangegeven organisaties mag belopen;

b) de modaliteiten tot vaststelling van het veranderlijk bedrag worden door de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap vastgesteld nadat de Raad voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen om advies werd verzocht.

Art. 7. De Executieve van de Duitstalige Gemeenschap kan, nadat de Raad voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen om advies werd verzocht, de organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen die een aanvraag om erkenning hebben ingediend en daarvoor alle vereiste voorwaarden vervullen behalve dat ze niet lang genoeg bestaan, toelagen toekennen.

Deze toelagen mogen niet meer dan 60 pct. van de gewone toelagen bedragen, waar de organisatie bij geval van toekenning aanspraak op zou kunnen maken.

HOOFDSTUK IV

Slotbeperkingen

Art. 8. Van de in hoofdstuk III, artikels 6 en 7 voorziene toelagen kunnen 70 pct. van de toelagen van het vorige jaar resp. van de voorziene bedragen in het begin van het jaar bij voorbaat worden betaald.

Art. 9. De controlesleutels, de uitvoerings- en toepassingsbepalingen van dit besluit worden door de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap vastgesteld, nadat de Raad voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen om advies werd verzocht.

Art. 10. Dit besluit treedt met 1 januari 1982 in werking en vervangt vanaf die datum het reglementair besluit van 17 november 1975, houdende voorlopige vaststelling van de maatstaven inzake de erkenning en de subsidiëring van gewestelijke organisa-

ties voor volksopleiding, vormingswerk voor volwassenen en permanente opvoeding.

Eupen, 23 juni 1981.

De griffier,
M. Beckers.

De voorzitter,
A. Gehlen.

Voor officiële vertaling :
Voor de Minister van Binnenlandse Zaken :
De adjunct-arondissemenscommissaris,
J. Weynand.

MINISTÈRE DES CLASSES MOYENNES

F. 81 — 1751

**Loi du 18 mai 1981 contenant le budget
du Ministère des Classes moyennes pour l'année budgétaire 1981**
Errata

Moniteur belge n° 154 du 14 août 1981 :

— à la page 10.079, la clé de contrôle pour l'article 11.01 doit être « 72 » au lieu de « 45 », et celle de l'article 11.02 doit être « 75 » au lieu de « 48 ».

— à la page 10.082, pour l'article 33.01 (83), dans la colonne « Crédits », il y a lieu d'inscrire le montant « 0,2 ».

MINISTÈRE DE LA JUSTICE

F. 81 — 1752

23 SEPTEMBRE 1981. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 27 octobre 1970 établissant le règlement particulier du tribunal de première instance de Charleroi

BAUDOUIN, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu les articles 76 à 78 du Code judiciaire, l'article 79 du même Code, modifié par la loi du 30 juin 1976, l'article 80 du même Code, l'article 88 du même Code, modifié par la loi du 15 juillet 1970, les articles 89 à 91 du même Code, l'article 92 du même Code, modifié par la loi du 28 juin 1974 et les articles 93 à 97 du même Code;

Vu les avis du premier président de la Cour d'appel de Mons, du premier président de la Cour du travail de Mons, du procureur général à Mons, du président du tribunal de première instance de Charleroi, du procureur du Roi à Charleroi, du greffier en chef du tribunal de première instance de Charleroi et du bâtonnier de l'Ordre des avocats à Charleroi;

Vu l'arrêté royal du 27 octobre 1970 établissant le règlement particulier du tribunal de première instance de Charleroi, modifié par les arrêtés royaux des 3 septembre 1973 et 25 juin 1976;

Sur la proposition de Notre Ministre de la Justice,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1er. L'article 9, 2^e, de l'arrêté royal du 27 octobre 1970 établissant le règlement particulier du tribunal de première instance de Charleroi, modifié par les arrêtés royaux des 3 septembre 1973 et 25 juin 1976 est remplacé par la disposition suivante :

« 2^e en matière de citation directe, à l'audience de la sixième chambre du mardi, sauf s'il y a connexité avec une cause déjà pendante devant une chambre correctionnelle, auquel cas elle peut se faire devant cette chambre. ».

Art. 2. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} novembre 1981.

MINISTERIE VAN MIDDENSTAND

N. 81 — 1751

**Wet van 18 mei 1981 houdende de begroting
van het Ministerie van Middenstand voor het begrotingsjaar 1981**
Errata

Belgisch Staatsblad nr. 154 van 14 augustus 1981 :

— op bladzijde 10.079 moet de controlesleutel voor artikel 11.01 « 72 » zijn in plaats van « 45 » en die van artikel 11.02 « 75 » in plaats van « 48 ».

— op bladzijde 10.082 moet voor artikel 33.01 (83), in de kolom « Kredieten », het bedrag « 0,2 » worden ingeschreven.

MINISTERIE VAN JUSTITIE

N. 81 — 1752

23 SEPTEMBER 1981. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 27 oktober 1970 tot vaststelling van het bijzonder reglement voor de rechbank van eerste aanleg te Charleroi

BOUDEWIJN, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet,

Gelet op de artikelen 76 tot 78 van het Gerechtelijk Wetboek, op artikel 79 van hetzelde Wetboek, gewijzigd bij de wet van 30 juni 1976, op artikel 80 van hetzelfde Wetboek, op artikel 88 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij de wet van 15 juli 1970, op de artikelen 89 tot 91 van hetzelfde Wetboek, op artikel 92 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij de wet van 28 juni 1974 en op de artikelen 93 tot 97 van hetzelfde Wetboek;

Gelet op de adviezen van de eerste voorzitter van het Hof van beroep te Bergen, van de eerste voorzitter van het Arbeidshof te Bergen, van de procureur-generaal te Bergen, van de voorzitter van de rechbank van eerste aanleg te Charleroi, van de procureur des Konings te Charleroi, van de hoofdgriffier van de rechbank van eerste aanleg te Charleroi en van de stafhouder van de Orde van advocaten te Charleroi;

Gelet op het koninklijk besluit van 27 oktober 1970 tot vaststelling van het bijzonder reglement voor de rechbank van eerste aanleg te Charleroi, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 3 september 1973 en 25 juni 1976;

Op de voordracht van Onze Minister van Justitie,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. In artikel 9 van het koninklijk besluit van 27 oktober 1970 tot vaststelling van het bijzonder reglement voor de rechbank van eerste aanleg te Charleroi, gewijzigd door de koninklijke besluiten van 3 september 1973 en 25 juni 1976 wordt 2^e vervangen door de volgende bepaling :

« 2^e inzake rechtstreekse dagvaarding, op de zitting van de zesde kamer op dinsdag; in geval van samenhang met een zaak die reeds voor een correctie kamer aanhangig is, kan de rechtstreekse dagvaarding ook voor die kamer geschieden. ».

Art. 2. Dit besluit treedt in werking op 1 november 1981.